
„Wir müssen sagen, was das Ganze kostet“

Gespräch mit Meinhard Miegel und Volker Jung über Wege zur Finanzierung der inneren Einheit*

Prof. Dr. Meinhard Miegel, geb. 1939 in Wien, ist Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V.

Volker Jung, geb. 1942 in Berlin, ist Bundestagsabgeordneter der SPD.

Frage: Obwohl es heute in unserem Gespräch in erster Linie um ökonomische und finanzielle Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der deutschen Einheit gehen soll, müssen wir an diesem Tag vorweg auf die aktuelle Situation gerade im Hinblick auf Rostock eingehen: Sind das warnende Anzeichen für die krisenhafte gesellschaftliche Zuspitzung des historisch so einmaligen und unvorhersehbaren deutschen Einigungsprozesses?

Miegel: Ich glaube nicht, daß das viel mit dem Einigungsprozeß zu tun hat. Das geschieht heute in Rostock, das kann morgen in einer westdeutschen Stadt passieren. Es geht hier nicht um eine spezifische ostdeutsche Problematik. Wir befinden uns in einer Situation, die ganz unausgereift ist. Deutschland ist de facto - auch wenn es immer wieder bestritten wird - ein Einwanderungsland. Die Regierung, die politischen Kräfte in diesem Land haben das bisher völlig unzureichend realisiert. Die Folge davon ist, daß wir eine unkontrollierte Einwanderung haben mit vielen Verwerfungen, vielen Irritationen. Und solange das nicht auf die Reihe gebracht worden ist, solange wir kein wirklich tragfähiges Einwanderungskonzept entwickelt haben, werden wir immer wieder solche Konflikte haben - unabhängig von der deutschen Einheit.

Und wie sähe dieses tragfähige Einwanderungskonzept aus?

Miegel: Wir müssen uns klar werden, wie viele Menschen in dieses Land kommen können. Es ist für eine Gesellschaft außerordentlich schwierig, mehrere hunderttausend Menschen pro Jahr zu integrieren und das für einen langen Zeitraum. Wir haben eine Einwanderungsphase vor uns, die mindestens 40 Jahre dauern wird, und zwar in der Größenordnung von 200.000 bis 300.000 Menschen pro Jahr. Dafür muß ein Konzept entwickelt werden: Wieviele sollen hereinkommen, wohin sollen sie gehen, wie sollen sie integriert werden - nur in den Arbeitsmarkt oder auch in die sozialen Sicherungssysteme oder sollen sie „eingedeutscht“ werden? All das sind Fragen, die zu entscheiden sind, und das ist bisher nicht geschehen.

Ist denn die SPD nach ihren Petersberger Beratungen in Sachen Asylpolitik auf dem Weg zu einer Annäherung an die CDU?

Jung: Wir haben unsere Position nicht grundsätzlich verlassen, denn wir wollen ja am individuellen Asylrecht nicht rütteln. Diese Grundgesetzbestimmung ist außerordentlich wichtig. Aber wir denken, daß es notwendig ist, auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention in ganz Europa ein einheitliches Asylrecht zu schaffen. Es müssen einige Auswüchse beseitigt werden, wie zum Beispiel der, daß man heute in Europa in einem Land Asyl beantragen kann und daß man, wenn abgelehnt wurde, in einem anderen Land erneut einen solchen Antrag stellen kann. Bestimmte Mißbräuche müssen unterbunden werden. Um diesen Harmonisierungsprozeß auf europäischer Ebene zu ermöglichen, erwägen wir eine Ergänzung des Grundgesetzes.

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Stephan Hegger am 26. August 1992 in Bonn.

Ein Wort zu Rostock: Für mich ist auffällig, daß sich die Ereignisse in Rostock wie schon in Hoyerswerda in sozialen Brennpunkten abgespielt haben. Das hat etwas mit den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen des Einigungsprozesses zu tun. Die Menschen haben keine klaren Perspektiven, was ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft. Und wenn Sie, Herr Miegel, sagen, daß so etwas auch in Westdeutschland vorkommen könne, dann hängt das auch mit den erheblichen Belastungen zusammen, die auf den westlichen Teil der Bevölkerung zukommen. Im übrigen bin ich auch der Auffassung, daß wir ein Einwanderungsland sind und bleiben werden, daß wir aber die Zuwanderung begrenzen und steuern müssen.

In der Bevölkerung ist der Eindruck verbreitet, daß in Sachen Einwanderung und Asyl viel geredet und wenig getan wird. Wie soll es denn ganz praktisch weitergehen angesichts der Tatsache, daß immer mehr Menschen hierher kommen?

Miegel: Wir müssen bei der Diskussion deutlich unterscheiden zwischen der Asylfrage - das ist ein stark juristisch geprägtes Sonderproblem - und der ganz anderen Frage, wie wir der Bevölkerungsproblematik Herr werden. Wir haben zur Zeit einen Schwund in der deutschen Bevölkerung von 150.000 Menschen im Jahr, im nächsten Jahrzehnt werden es 300.000 Menschen jährlich, im darauffolgenden Jahrzehnt 600.000 Menschen im Jahr sein. Das ist weitestgehend fest programmiert. Selbst wenn es gelänge, die Geburtenrate wieder auf eine Bestandserhaltungsrate zu heben, stürzt die deutsche Bevölkerung innerhalb der nächsten Generation um ein Drittel ab. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, wie dieser demographisch so dramatischen Situation begegnet werden soll. Wollen wir uns auf eine zügig schrumpfende und sehr alt werdende Gesellschaft einrichten, oder wollen wir Zuwanderer haben, und dann in welchen Größenordnungen? Welche Zuwanderer sollen es sein, europäische oder außer-europäische, welche Qualifikationen sollen sie haben? Alle diese Fragen müssen im Rahmen der Bevölkerungspolitik geklärt werden. Der Begriff Bevölkerungspolitik ist bei uns tabuisiert, darüber darf nicht geredet werden. Aber dort hegen die gefährlichen Zeitbomben.

Wir haben heute ein anderes Thema: die ökonomisch-finanzielle Situation Deutschlands. Die Höhe der Transferleistungen seit dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion ist immens - bis Ende 1992 werden es insgesamt, öffentlich und privat, so haben Sie es beziffert, Herr Miegel, etwa 400 Milliarden DM netto sein. Wie lange kann und muß das so weitergehen?

Miegel: Das kann sehr, sehr lange weitergehen. Wenn ich von Transfers von 150 oder 200 Milliarden DM im Jahr ausgehe, dann sind das bei einem Bruttosozialprodukt von 3 Billionen DM 5 bis 7 Prozent. Das bedeutet, daß immerhin 95 Prozent des Erwirtschafteten im westlichen Teil bleiben. Die viel problematischere Frage lautet, ob es möglich ist, mit diesen Transfers in einem sozialverträglichen Zeitraum eine Angleichung der Lebensbedingungen zu erreichen, oder ob das ein Dauertransfer wird. Entscheidend wird sein, ob mit den Transf. ermitteln sozusagen Einkommen subventioniert werden oder ob damit ein neuer Kapitalstock aufgebaut wird. Bisher ist der wesentliche Teil der Mittel zur Finanzierung von Lebenshaltungskosten gebraucht worden. Der Kapitalstock der neuen Bundesländer wurde erst wenig verbessert.

Die Klagen darüber, daß in den neuen Bundesländern zu wenig investiert wird, sind weit verbreitet. Volker Jung hat ein Konzept für Investitionsfonds in Ostdeutschland vorgelegt. Welches sind die Eckpunkte dieses Plans?

Jung: Zunächst eine Anmerkung zum Finanztransfer: Es muß klar gesagt werden, daß dieser Transfer noch für lange Zeit notwendig sein wird. Ich bezweifle allerdings, daß

seine jetzige Form dauerhaft sein wird. Das wird letztlich davon abhängen, ob es gelingt, den Prozeß der wirtschaftlichen Angleichung in Gang zu bringen. In dem Maße, wie in den neuen Bundesländern Steuerkraft entsteht, wird die Notwendigkeit eines öffentlichen Finanztransfers abnehmen.

Damit sind wir bei der entscheidenden Frage, ob in absehbarer Zeit ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung in Gang kommt. Es gibt zwar ein paar Anzeichen dafür, sie reichen allerdings vor dem Hintergrund einer sehr schwierigen konjunkturellen Lage nicht aus. Die mangelhafte Investitionstätigkeit westlicher Investoren muß man sehr kritisch betrachten. Es wurde viel zu sehr auf marktwirtschaftlichen Selbstlauf gesetzt. Es gibt eine erhebliche Investitionsschwäche im privaten Bereich, so daß ganze Industrieregionen im Osten zu veröden drohen. Es ist eine politische Aufgabe, dem entschieden entgegenzusteuern. Ich will nur eine Zahl nennen, um die Größenordnung deutlich zu machen, um die es geht: Die Prognos AG geht davon aus, daß eine Investitionssumme von 1.200 Milliarden DM aufzubringen ist, wenn der Kapitalstock so modernisiert werden soll, daß eine Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen bis zum Jahr 2000 geringen kann. 1,2 Billionen DM ist eine gigantische Summe. Stellt man dem gegenüber, was bislang an Investitionen absehbar ist, dann werden wir in den nächsten Jahren eine ganz erhebliche Investitionslücke haben.

Meine Vorstellung geht dahin, daß man durch eine Kombination von Abgaben und Fördermitteln sehr viel stärkere Anreize gibt, in den neuen Bundesländern zu investieren. Ich denke an eine Investitionsabgabe, die dadurch abgegolten werden könnte, daß im Osten investiert wird. In der SPD wird auch der Vorschlag einer Ergänzungsabgabe für die höheren Einkommensbezieher diskutiert, konkret von 60.000 DM für Ledige und 120.000 DM für Verheiratete. Man sollte diese Diskussion dahingehend weiterführen, daß ein Teil davon ähnlich konstruiert wird wie eine Investitionsabgabe. Außerdem müssen sehr viel mehr Anstrengungen unternommen werden, um die kleineren und mittleren Einkommen in der Form mit in diesen Prozeß einzubeziehen, daß man die Vermögensbildung erheblich ausbaut. Das ist ein von der Politik vernachlässigter Bereich. Das würde natürlich nur geringen, wenn man den Vorstellungen der Gewerkschaften entgegenkommt, indem man zum Beispiel Tariffonds, also kollektive Formen der Vermögensbildung fördert. Ich bin der Auffassung, daß die Diskussion über einen Investivlohn neu geführt werden muß. Gewerkschaften, die freiwillig entsprechende Vereinbarungen treffen wollen, muß dies durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen erleichtert werden. Es muß zum Beispiel das Insolvenzrisiko abgesichert werden, dafür müssen öffentliche Bürgschaften übernommen werden, damit solche Arbeitnehmer, die Bestandteile ihres Einkommens im eigenen Unternehmen anlegen, nicht das doppelte Risiko zu tragen haben und mit dem Arbeitsplatz womöglich auch ihre Kapitaleinlage verlieren.

Herr Miegel, wäre dieses Konzept in Übereinstimmung mit Ihrer Forderung zu bringen, daß das Ausmaß des Finanzbedarfs deutlich artikuliert und die Art und Weise seiner Organisation ordnungsgemäß vorgezeichnet werden müßte?

Miegel: Wir sind uns sicher völlig darin einig, daß wir jetzt sagen müssen, was das Ganze kostet und daß wir deutlich machen, daß das relativ lange dauern wird, ehe Ost und West im wirtschaftlichen Bereich einander angeglichen sein werden. Es gibt keinen Disput mehr in dieser Frage. Das Entscheidende ist, wie wir den notwendigen Mittelbedarf organisieren. Da scheint mir einiges durcheinander zu laufen - auch bei den Vorstellungen, die eben von Herrn Jung entwickelt worden sind. Fangen wir bei der Aufbringungsseite an, mit der Forderung, eine irgendwie geartete Ergänzungsabgabe zu schaffen. Um es gleich ganz deutlich zu machen: Ich bin für eine Ergänzungsabgabe, aber nicht für eine Ergänzungsabgabe für wohlhabendere Bevölkerungsschichten. Es

geht aus meiner Sicht nicht an zu sagen, die Finanzierung der deutschen Einheit ist nur eine Angelegenheit der Wohlhabenden. Das darf nicht sein, sondern die Finanzierung der deutschen Einheit ist eine wirklich nationale Aufgabe, zu der absolut jeder beizutragen hat, bis hin zum Sozialhilfeempfänger. Wir können eine ganz andere Diskussion führen, und zwar über die Frage, ob wir in Westdeutschland eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung haben. Aber dann sollten wir die Diskussion auch an der richtigen Stelle führen und nicht über die Hintertür der Finanzierung der deutschen Einheit, denn das ist für mich nicht nur eine materielle Angelegenheit, sondern in hohem Grade eine immaterielle, sogar eine emotionale Angelegenheit, und infolgedessen muß jeder daran beteiligt sein, wirklich jeder.

Die andere Frage lautet, wie wir genügend Investitionskapital zum Laufen bringen. Wir müssen fragen, warum es nicht läuft. Es läuft nicht, weil die neuen Bundesländer im großen und ganzen - es gibt auch ganz wichtige Ausnahmebereiche - noch immer ein unattraktiver Investitionsstandort sind, und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Als Investor brauche ich Gründe, irgendwo hinzugehen. Ich kann sagen, ich möchte einen lokalen Standort haben, der Marktnähe bietet. Aber im Zeitalter der Vereinigung des europäischen Binnenmarktes, wo inzwischen - zu recht oder zu unrecht - riesige Transportwege in Kauf genommen werden, kann ich wohl kaum argumentieren, daß ich mich von Bayern nach Thüringen oder von Niedersachsen nach Mecklenburg begeben muß, um mehr Standortnähe zu haben. Wegen der Erschließung der mittel- und osteuropäischen Märkte? Hier sagen die Investoren, daß sie diese Frage erst in drei oder vier Jahren beantworten können. Zur Zeit gibt es da keinen Handlungsbedarf, weil es in Osteuropa zur Zeit nichts groß zu beliefern gibt. Und der dritte Punkt ist die von Herrn Jung schon angesprochene Frage, ob ich überhaupt zusätzliche Kapazitäten benötige, um die Nachfrage befriedigen zu können. Und hier lautet die Antwort häufig nein. Wir haben in den westdeutschen Unternehmen heute einen Auslastungsgrad zwischen 75 und 85 Prozent. Das heißt, Westdeutschland kann aus dem vorhandenen Kapitalstock noch sehr viel Nachfrage befriedigen. Warum soll also - rein investiv argumentiert, vor dem Hintergrund der Schaffung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland und der Herstellung ähnlicher wirtschaftlicher Bedingungen - in Ostdeutschland ein neuer Kapitalstock geschaffen werden?

Dennoch muß in den neuen Bundesländern investiert werden, wenn sich West- und Ostdeutschland wirtschaftlich annähern sollen. Und wenn sich hierfür nicht genügend private Investoren finden, dann muß eben die öffentliche Hand investieren. Was soll denn sonst werden? Hier muß vermutlich umgedacht werden. Das gilt auch für andere Bereiche, zum Beispiel den Sozialbereich. So läßt sich die Arbeitsmarktmisere der neuen Bundesländer nicht über die Arbeitslosenversicherung finanzieren. Das ist nicht das Instrument zur Finanzierung einer solchen Aufgabe. Die Arbeitslosenversicherung ist ein System, das wir für eine völlig andere wirtschaftliche, gesellschaftliche und Arbeitsmarktsituation entwickelt haben. Wir versuchen jetzt, den Aufbau eines ganzen Landes im investiven Bereich mit Instrumenten zu finanzieren, die sich im Westen im Laufe vieler Jahrzehnte entwickelt und dort auch ihre gute Tradition haben. Die Aufgabe, die sich hier stellt, hat eine völlig andere Dimension. Es ist eine nationale Aufgabe. So gibt es eine ganze Reihe von Dingen, bei denen ich feststelle, daß wir nach wie vor mit unseren westlichen Köpfen denken. Wir versuchen das, was wir in unseren westlichen Köpfen haben, zu transferieren. Wir transferieren unsere Sozialsysteme, unsere Strukturen, unsere investiven Vorstellungen nach Ostdeutschland, um ein seit 40 Jahren gespaltenes Land wieder zu vereinigen, und zwar ein Land, das nicht nur 40 Jahre gespalten war, sondern was sich in dieser Zeit explosionsartig verändert hat -zumindest im Westen, aber auch im Osten. Und deswegen ist meine Befürchtung, daß alle diese Konzepte, so gut gemeint sie sein mögen, im Ergebnis daran scheitern werden, daß die Aufgabe, die zu bewältigen ist, von einer anderen Dimension ist.

Wenn Unternehmer die Herstellung einer wirtschaftlichen Einheit eigentlich nicht als ihre ureigene Aufgabe ansehen, dann stellt sich ja die Frage nach den Instrumenten: Wie schaffe ich es, einen Bewußtseinswandel herbeizuführen und zu einer anderen Investitionsbereitschaft zu kommen? Sonst könnten wir ja bald vor der Perspektive stehen, daß wir in Ostdeutschland eine über viele Jahre fortlaufende Deindustrialisierung erleben und die Kosten dieses Deindustrialisierungsprozesses weiter steigen werden, ohne daß das nach Ostdeutschland transferierte Geld dort investiert wird, um eine wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen.

Miegel: Ich war von Anfang an der Auffassung, daß die Vorstellung, „schafft dort nur Marktwirtschaft und demokratische Verhältnisse, und schon wird alles sprudeln“, falsch war. Und wir werden es in noch viel dramatischer Weise in Mittel- und Osteuropa erleben, wo es ebenfalls eine Utopie war 2x1 sagen, wenn diese Länder nur Marktwirtschaft und Demokratie haben, dann wird es dort schon anfangen zu boomen. Das wird es nicht, und zwar aus einer Vielzahl von Gründen. Und in dieser Situation - eben der Bewältigung einer nationalen Aufgabe - sind wir als Gesellschaft gefordert, und zwar als Gesamtgesellschaft. Und natürlich müssen wir an diese Aufgabe anders herangehen, als nur den Unternehmen zu sagen, da drüben ist ein großes Feld, nun geht mal hin und macht was, und wenn ihr da nicht hingehet, dann ist es auch gut.

Jung: Zunächst einmal zur Frage der sozialen Verteilung der Finanzierungslasten: Das ist eine ganz entscheidende Frage. Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, daß diese Finanzierungslasten sehr ungleich verteilt worden sind, indem vor allem den kleineren und mittleren Einkommensbezieher erhebliche Lasten aufgebürdet worden sind. Das wird sich fortsetzen bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer, aber auch bei der Finanzierung der sozialen Sicherung. Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir politisch scheitern werden, wenn es uns nicht gelingt, diesen Prozeß sozialer zu gestalten. Meine Forderung nach einer Ergänzungsabgabe ab einem bestimmten Einkommensniveau bedeutet schlicht, daß hier soziale Fehlentwicklungen korrigiert werden. Das halte ich für unverzichtbar, weil sonst die Akzeptanz des notwendigen Finanztransfers noch sehr viel stärker leiden wird. Ich denke, daß die Menschen in Westdeutschland bereit sind, ihren Beitrag zur Entwicklung der neuen Bundesländer zu leisten, aber entscheidend bleibt, daß dieser Prozeß sozial ausgestaltet wird.

Miegel: Ich würde dem ja gern folgen wollen, aber die Fakten sind doch ganz andere. Zehn Prozent der Lohn- und Einkommensbezieher, und zwar die zehn Prozent an der Spitze, tragen 50 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuerlasten, sie haben 50 Prozent der Solidaritätsabgabe erbracht. Das oberste Drittel der Lohn- und Einkommensbezieher hat vier Fünftel der Solidaritätsabgaben geleistet. Das heißt: Bisher sind zwei Drittel der Erwerbsbezieher - ich rede gar nicht von den Sozialhilfeempfängern - überhaupt nicht von den Kosten tangiert worden - es sei denn über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Und das ist der Punkt, wo man dann plötzlich den normalen Einkommensbezieher heranzieht, um mit Hilfe steigender Arbeitslosenbeiträge die enorme Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern finanzieren zu können. Das ist organisatorischer Unfug, weil die Arbeitslosenversicherung das falsche Instrument ist. Man kann nicht mit der Arbeitslosenversicherung den Umbau einer Volkswirtschaft finanzieren. Nur, was die bisherige Finanzierung der deutschen Einheit angeht, haben wir wirklich Fehl Vorstellungen: Es war bisher im wesentlichen eine Last für die oberen Einkommensbezieher. Und jetzt wollen wir diesen Weg fortsetzen, indem wir sagen, nur die Oberen sollen die Kosten tragen. De facto würde sich dadurch verhältnismäßig wenig verändern am bisherigen Zustand, denn in der Vergangenheit haben ja schon die oberen Einkommensbezieher den wesentlichen Teil getragen. Aber von der Psyche her halte ich es für ganz verfehlt, die übrigen zwei Drittel der Bevölkerung auch noch formell aus dieser Verantwortung zu entlassen.

Dennoch wächst im Westen Deutschlands die Abneigung gegen jegliche weitere Belastung. Wo gibt es vor diesem Hintergrund eine Chance, den Bürgern - ob sie nun gutverdienend sind oder nicht - schmackhaft zu machen, daß sie sich an dieser „nationalen Aufgabe“ beteiligen?

Jung: Ich glaube, daß zunächst die Politik klare Perspektiven aufzeigen muß, daß die Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den neuen Bundesländern dem gesamten Land zugute kommt. Der zweite Punkte betrifft die Industrie: Wenn ich die deutsche Vereinigung als eine nationale Aufgabe definiere, dann kann ich natürlich auch ein Engagement der Unternehmen erwarten, sich über betriebswirtschaftliche Kalküle hinaus stärker zu engagieren. Und wenn das nicht geschieht, dann müssen lenkende Maßnahmen ergriffen werden. Die Unternehmen werden mit Sicherheit darauf reagieren, daß sie eine Investitionsabgabe leisten müssen, wenn sie nicht investieren. Diesen Mechanismus würde ich gerne herstellen, wobei ich die Schwierigkeiten nicht übersehe, die durch das Wegbrechen der Ostmärkte entstanden sind, und mir bewußt ist, daß ostdeutsche Unternehmen nur schwer mit konkurrenzfähigen Produkten und Produktionsverfahren in westliche Märkte eindringen können. Aber hierzu wäre es eben auch notwendig, den Unternehmen, die den industriellen Kern in den neuen Bundesländern bilden, eine gewisse Zeit zur Sanierung einzuräumen und ihnen ausreichendes Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, die Bedingungen für die Unternehmen in Ostdeutschland nachhaltig zu verbessern. Das ist in erster Linie nicht eine Frage der westlichen Investoren, sondern es geht darum, die östlichen Unternehmen in zunehmendem Maße zu befähigen, diesen Prozeß aus eigener Kraft in Gang zu setzen.

Miegel: Die Phase der patriotischen Investition ist vorbei. Wenn jetzt investiert wird, wird mit ganz spitzem Stift kalkuliert. Deshalb macht es keinen Sinn, ein Unternehmen, das zu dem Ergebnis gekommen ist, daß es sich rechnet, in den neuen Bundesländern zu investieren, nicht zur Investitionsabgabe heranzuziehen, und ein anderes Unternehmen, für das sich die Investition nicht rechnet, damit zu belasten. Wer im Osten investiert, für den rechnet sich das, der macht sein Geschäft damit, und es gibt überhaupt keinen Grund, ihn außen vor zu lassen. Das zweite Problem sind die ausländischen Unternehmen. Wie sollen sie in diesem Zusammenhang behandelt werden? Ich habe noch keine abschließende Lösung, aber das sind für mich zwei ganz wichtige Fragen, die, wenn sie nicht gelöst werden, zu Stolpersteinen für das ganze Programm werden.

Jung: Daß eine gewisse Ungleichbehandlung in diesem Ansatz steckt, insbesondere zwischen deutschen und ausländischen Unternehmen, ist nicht zu leugnen. Wahrscheinlich gibt es keine perfekte Lösung. Das würde ich an dieser Stelle einräumen. Aber das Problem könnte man lösen, indem man eine breite Palette von Anlagemöglichkeiten anbietet, die nicht nur direkte Investitionen umfassen, sondern auch den Aufbau spezieller Fonds oder etwa die Aufstockung der Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Es ist auch ein anderes Szenario vorstellbar: Arnulf Baring hat kürzlich in einem Gespräch mit unserer Zeitschrift gesagt, daß der Osten Deutschlands durchweg historisch weniger industrialisiert gewesen sei als der Westen. Sie, Herr Miegel, haben ähnliches angedeutet und davon gesprochen, daß man auch eine Deindustrialisierung Ostdeutschlands ins Auge fassen müsse. Ist die Angleichung der Lebensbedingungen überhaupt ein realistisches politisches Ziel?

Miegel: Es ist sicher richtig, daß dieser Raum - mit Ausnahme Sachsens, das ein hoch-industrialisierter Raum war, und dem wirtschaftlichen Kunstprodukt Berlin - zu den schwächsten Räumen im alten Deutschen Reich gehörte. Das Bruttosozialprodukt lag

in Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Thüringen, im nördlichen Teil Sachsen-Anhalts weit niedriger als im übrigen Reich. Der Versuch, diesen Raum gleichförmiger zu industrialisieren, als er es 1945 war, wurde in den letzten 40 Jahren unternommen. Das SED-Regime hat zum Beispiel ganz gezielt versucht, Schwerindustrie nach Mecklenburg oder Brandenburg zu bringen, ohne daß hier an historische Entwicklungen angeknüpft werden konnte. Das Interessante ist, daß diese Industrialisierungsversuche der zurückliegenden 40 Jahre sofort nachdem das Umverteilungssystem des Ostens abgestellt worden war, zu welken begannen. Es ist also sehr wohl vorstellbar, daß wir hier zu Wirtschaftsstrukturen zurückkehren, wie wir sie zur Mitte dieses Jahrhunderts gehabt haben, bis hin zu einer extrem unterschiedlichen Besiedelung der Räume. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg etwa haben ein Sechstel der Besiedelungsdichte von Nordrhein-Westfalen. Das sind keine Industrieräume. Die Vorstellung, man könne und solle diese Länder zu einer Art Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg aufbauen, führt wahrscheinlich in die Irre.

Jung: Wir kommen hier an einen sehr gefährlichen politischen Punkt. Wenn zum Beispiel Herr Biedenkopf vor dem Hintergrund Ihrer Überlegungen davon spricht, daß die Angleichung der Lebensbedingungen relativiert werden muß und an dessen Stelle das Ziel vergleichbarer Lebensverhältnisse gesetzt werden soll, halte ich das für problematisch, weil zwischen beiden Begriffen keine hinreichende Trennschärfe existiert. Was sind vergleichbare Lebensverhältnisse? Wie kann man zum Beispiel immaterielle Werte gegen materielle Lebensbedingungen aufrechnen? Wenn die Politik jetzt einen Paradigmenwechsel vornehmen will und das Ziel, gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, nicht mehr anstrebt, dann würde dies nicht nur zu einer weiteren Enttäuschung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern führen, sondern es würde auch den Trend zur Spaltung der Gesellschaft verstärken, weil die Menschen auf eine derart modifizierte politische Zielsetzung sehr unterschiedlich reagieren werden: Diejenigen, die leistungsstark und leistungsbereit sind - das werden in erster Linie junge Menschen sein -, werden sich mit ihrer eingeschränkten Lebensperspektive nicht zufrieden geben und in die Gebiete abwandern, wo sie bessere Chancen haben. Und wahrscheinlich werden dann die leistungsfähigsten und für die Entwicklung notwendigsten Kräfte aus dem Osten abgezogen, wo sie dringend gebraucht werden.

Ich möchte das gerne noch ein bißchen zuspitzen: Ist die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 40 Jahre in Ostdeutschland sozusagen rückblickend ein historischer Fehler, weil sich das aus heutiger Perspektive betriebswirtschaftlich nicht mehr rechnet? Oder muß man dem entgegensetzen, daß es Aufgabe der Politik ist, eine ökonomische Zukunftschance für die Regionen zu entwickeln, damit die Menschen, dort wo sie jetzt wohnen, auch in Zukunft bleiben können?

Miegel: Die Frage ist, was eine ökonomische Zukunftschance hat. Wir müssen realisieren, daß wir uns in Westdeutschland auf einsamen Gipf ein befinden. Wenn ich mir anschaue, wie in Europa, wie in der Welt gewirtschaftet wird, und wir sagen, nur wenn wir luxuriöse ökonomische Zukunftsperspektiven haben, seien das überhaupt ökonomische Zukunftsperspektiven, und alles andere sei eben etwas, womit man gar nicht existieren könne, dann sind die Perspektiven verrutscht. Ich kann auch auf einem niedrigeren Niveau eine völlig ausreichende Zukunftsperspektive haben. Ich halte es schon für eine groteske Situation, wenn im Westen Deutschlands nur 11 Prozent der Bevölkerung erklären, sie könnten komfortabel leben, aber 50 oder 55 Prozent der Iren, 40 Prozent der Portugiesen und 60 Prozent der Holländer.

Ich sage nicht, die Menschen in den neuen Bundesländern müßten selbst sehen, wie sie klarkommen, und ob es in Mecklenburg drunter und drüber geht, interessiert mich gar nicht. Natürlich hat Volker Jung vollkommen recht, daß wir erhebliche Anstrengungen

unternehmen müssen, um die historische Ungerechtigkeit der zurückliegenden 40 Jahre möglichst zum Ausgleich zu bringen, daß wir einen Kapitalstock aufbauen und die Infrastruktur herstellen müssen. Aber zu glauben, am Ende würden gleiche Lebensbedingungen stehen, halte ich für völlig illusorisch, weil wir es mit zwei sich überholenden Kausalitäten zu tun haben: Wir reden ja nicht mehr nur von Deutschland, wir reden ja ab 1. Januar 1993 von einem vollendeten europäischen Binnenmarkt und von 1998/99 an auch von einer politischen Union. Und damit müßte das gleiche Prinzip für ganz Westeuropa gelten, für ein Europa einschließlich der Tschechoslowakei, Polen und einiger anderer. Das Versprechen, in Krakau oder in Lwow die gleichen Lebensbedingungen wie in Stuttgart oder Düsseldorf herstellen zu wollen, muß falsche Hoffnungen wecken, die zwangsläufig in Enttäuschung enden. Die Menschen müssen eine wirtschaftliche Perspektive haben, dafür müssen wir in ganz Europa, in ganz Deutschland sorgen, aber das kann nicht bedeuten, daß alle zum gleichen wirtschaftlichen Ergebnis kommen.

Die Gewerkschaften haben sich das Ziel gleicher Lebensbedingungen zu eigen gemacht, gerade in der Tarifpolitik. Die Tariflöhne liegen in Ostdeutschland inzwischen durchweg bei de facto 60 Prozent - trotz der nach wie vor spürbar geringeren Produktivität -, weitere Steigerungen sind vereinbart. Die gesellschafts- und tarifpolitische Bedeutung dieser Vereinbarung ist einsehbar, aber ist sie auch ökonomisch sinnvoll?

Jung: Ich glaube, daß die Gewerkschaften gar keine Alternative dazu haben, die Einkommensverhältnisse in einem absehbaren Zeitraum anzugleichen, denn jede andere Politik würde dazu führen, daß in einem einheitlichen Arbeitsmarkt die besten Kräfte abwandern. Auf der anderen Seite haben wir natürlich das Problem, daß die hinterherhinkende Produktivität einen Druck auf die Beschäftigung ausübt. Darum muß man erhebliche Anstrengungen zur Modernisierung des Kapitalstocks unternehmen, für dessen Aufbau man auch einen Teil der Einkommenszuwächse verwenden kann. Wie man das im einzelnen macht, würde ich gerne den Tarifparteien überlassen, aber dazu müßten die staatlichen Rahmenbedingungen verändert werden, damit so ein Angebot von den Gewerkschaften angenommen wird.

Miegel: Ich glaube, die Gewerkschaften sind zu ängstlich, was die Abwanderung von Arbeitskräften angeht, wenn wir größere Einkommensunterschiede in Deutschland haben. Wir haben historisch betrachtet in Deutschland Einkommensgefälle von 1:2 gehabt, also in den stärksten Regionen wurde doppelt soviel verdient wie in den schwächsten Regionen. Größere Wanderungen hat das nicht ausgelöst. Wir haben heute in den alten Bundesländern Einkommensgefälle von 4:3 - Wanderungen sind damit nicht verbunden. Wir werden in wenigen Monaten einen europäischen Binnenmarkt mit völliger Freizügigkeit der Arbeitskräfte haben mit einem Einkommensgefälle von 1:3. Hinzu kommt, daß in den starken Regionen typischerweise Arbeitskräftemangel herrscht, in den einkommensschwachen Regionen Arbeitskräfteüberschuß. Trotzdem sind die zu erwartenden Bewegungen relativ schwach. Zwar gelten für Deutschland bestimmte andere Bedingungen - gemeinsame Sprache, Engräumigkeit des Landes, persönliche Kontakte. Natürlich wird man sich hier leichter bewegen. Doch die Vorstellung, daß sich beispielsweise Mecklenburg entleert und alle nach Nordrhein-Westfalen oder nach Baden-Württemberg kommen, halte ich für unrealistisch. Darüber hinaus gibt es in den neuen Bundesländern eine ganze Reihe von Wirtschaftsbereichen, wo inzwischen heute schon - betriebswirtschaftlich vernünftig - 100 Prozent der westlichen Einkommen gezahlt werden. Dann haben wir Bereiche, da können 90, 80 und 70 Prozent gezahlt werden, und dann andere, da wird es eben sehr viel schwieriger, weil wir hier eine Produktivität von 20 Prozent der westlichen Produktivität und weniger haben. Wenn ich in diesen Bereichen mit der Einkommenspolitik fortfahre, wie sie jetzt angelegt ist, und es handelt sich wirklich nur um Teilbereiche,

dann wird das zur Folge haben, daß die Investitionen, über die wir vorhin gesprochen haben, noch viel schleppender verlaufen, als dies ohnehin der Fall ist. Denn dann macht es überhaupt keinen Sinn, in diesen Bereichen zu investieren.

Ein weiterer Komplex ist die Tarifpolitik im Westen. Ich habe mich zur diesjährigen Tarifrunde sehr kritisch geäußert, weil ich der Auffassung bin, daß es im Westen nichts zu verteilen gibt, nichts in diesem, nichts im nächsten Jahr. Wenn wir von einer Angleichung der Löhne sprechen, dann heißt es überall müßten die Ostlöhne an die Westlöhne angeglichen werden - warum denn eigentlich? Warum können wir uns nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß Angleichung der Einkommen bedeutet, daß wir auf ein ähnliches Niveau kommen, indem wir die Entwicklung im Westen anhalten oder sie auf eine reine Geldentwertungsrate begrenzen, um den Osten entsprechend schneller herankommen zu lassen?

Muß man diese Überlegung nicht mit dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit verbinden?

Miegel: Noch einmal ganz deutlich: Ich bin dafür, daß wir zwei Diskussionen führen, und davon betrifft *eine* die Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeitsfrage stellt sich aber nicht vor dem Hintergrund der deutschen Einheit. Und ich halte es für existenzgefährdend, diese ganz andere Diskussion, die geführt werden muß, ständig mit der Frage der deutschen Einheit zu verquicken.

Wenn Sie unter Hinweis auf die deutsche Einheit sagen, die Lohnquote müsse gesenkt werden, stellen Sie dann nicht selbst diese Verknüpfung her?

Miegel: Ich spreche hier nicht von der Lohnquote, sondern von der Angleichung der Einkommen, also davon, wie schnell die östlichen Einkommen auf westliches Niveau gehoben werden können. Das geht natürlich sehr viel schneller, wenn die Einkommensentwicklung im Westen langsamer verläuft. Das ist für mich das zentrale Problem. Die Gewerkschaften diskutieren stattdessen immer die Frage nach immanenter Gerechtigkeit in der Gesellschaft, nach Verteilungsgerechtigkeit. Das ist eine permanente Frage, die behandelt werden muß. Und ich kann durchaus der Auffassung sein, daß wir gegenwärtig keinen optimalen Verteilungsschlüssel haben. Aber wir können dieses Verteilungsproblem nicht lösen, indem wir die Wohlhabenden für Zwecke der deutschen Einheit schröpfen. Das ist das falsche Gleis, da gehört dieses Problem nicht hin.

Jung: Das würde natürlich das gesamte Problem wiederum nur auf die Arbeitnehmer verengen, wenn man die Angleichung der Einkommen nur dann für lösbar erklärt, wenn man die Einkommenszuwächse von Arbeitnehmern im Westen reduziert und die Unternehmereinkommen nicht antastet. Das halte ich für absolut ungerechtfertigt.

Wenn die Herstellung der inneren Einheit eine nationale Aufgabe ist, richtet sich die Forderung nach ihrer Verwirklichung nicht nur an die Tarifpolitik. Werden denn die Instrumentarien, die nicht nur der Staat hat, die die Tarifparteien und andere in dieser Gesellschaft haben, richtig eingesetzt? Man hat gelegentlich das Gefühl, daß die, die dazu beizutragen hätten, sich nicht genügend miteinander verzahnen.

Miegel: Das ist unbedingt notwendig. Die Bewältigung einer Aufgabe dieser Größenordnung bedeutet, daß diejenigen, die in der starken Position sind, für einen mehr oder minder langen Zeitpunkt geben müssen. Und das muß organisiert werden, das muß offensiv organisiert werden. Dazu müssen sich die Regierung, alle politischen Organisationen und die Tarifparteien natürlich abstimmen, wie das gehen soll und in welcher Form die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Und da sind wir wieder beim Thema der Gerechtigkeit.

Die Tatsache, daß die Regierung versucht hat, die Kosten der Einheit zu verstecken, ist schon ein Trauerspiel. Aber daß auf der anderen Seite jetzt die Gewerkschaften den Versuch unternehmen, ihre Klientel möglichst aus der Finanzierung herauszunehmen, daß die SPD den Versuch unternimmt, ihre Klientel herauszunehmen, daß die FDP diesen Versuch unternimmt - diese Art von Gerangel ist genauso ungut für den Einigungsprozeß. Keiner kann ausgenommen werden. Es ist eine große andauernde Aufgabe, die zu bewältigen ist, aber es ist keineswegs eine unlösbare Aufgabe. Was wir brauchen sind insgesamt 2,4 Billionen DM, 1,8 Billionen für den Kapitalstock, weitere 600 Milliarden für den Konsum. Diese Mittel müssen in den kommenden 12 bis 15 Jahren aufgebracht werden. Davon reden wir und von nichts anderem, und das sind keine Katastrophenszenarien.

Jung: Ich denke, daß wir in zwei Punkten übereinstimmen: Erstens ist die Aufgabe lösbar, es muß aber, und das ist der zweite Punkt, Transparenz hergestellt werden, welche Operationen notwendig sind und welche Mittel dazu in die Hand genommen werden müssen. Es muß offengelegt werden, welche Belastungen auf uns zukommen, um hierüber eine rationale Diskussion zu ermöglichen.

Wir stimmen nicht darin überein, welche sozialen Korrekturen vorgenommen werden müssen, damit sich die Belastung der Bevölkerung im Westen in Grenzen hält und die Akzeptanz nicht verlorenght. Es gibt nach wie vor eine Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, sich für diese nationale Aufgabe zu engagieren, aber es kann nicht angehen, daß das, was man als sozialen Standard in den westlichen Ländern erreicht hat, kaputt geht, weil die Finanztransfers nicht richtig organisiert sind, und letzten Endes das, was auf Bundesebene falsch entschieden wird, über die Länderhaushalte bis in die Kommunen durchschlägt. Dort haben wir nämlich die konkreten Probleme — von der Wohnungsnot bis zur Sozialhilfe. Dort entscheidet sich die Frage, ob es diese Akzeptanz in Zukunft noch gibt oder ob die soziale Schieflage nicht sogar in politische Formen umschlägt, die wir alle nicht wollen, die rechtsradikale Tendenzen stärkt.